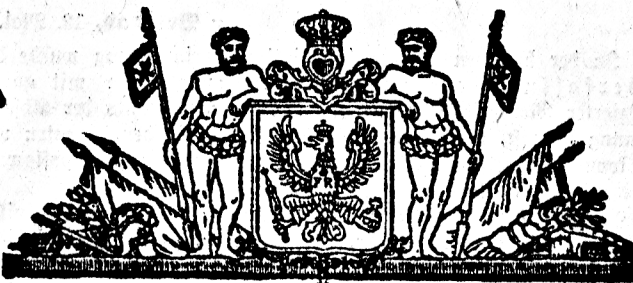


Vossische



Zeitung

Begründet 1704
Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Obstdirektion: Georg Bernhard, Verantw.
Redakteur (m. Ausw. d. Handelst.): Jul. Elban, Berlin. Unverlangte
Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11857
Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Tele-
gramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660

Die Regierung der Leistung.

Heranziehung aller Kreise des Wirtschaftslebens.

Das Kabinett Wirth, das in der letzten Stunde vor der Entscheidung über das Ultimatum gebildet wurde, bedarf noch der Ergänzung. Drei wichtige Ämter sind noch unbesetzt: Aussen-, Finanz- und Wiederaufbau. Von ihrer Besetzung hängt es ab, ob das Kabinett der Unterzeichnung zu einer Regierung der Leistung wird. Wenn das deutsche Volk aus der Dauerkrise herauskommen soll, muß die Frist genügt werden, die durch die Annahme der Londoner Bedingungen gegeben ist. Die Erklärung des Reichstanzlers betonte denn auch mit Recht, daß nur durch Taten der Beweis des guten Willens erbracht werden könne. Nachdem die Entscheidung über das Ultimatum gefallen ist, sollte der Streit darüber begraben werden, ob es nicht vielleicht doch besser gewesen wäre, nicht zu unterzeichnen. Es gilt jetzt, alle Kräfte zusammenzufassen, um die Probe aufs Exempel mit Ehren zu bestehen. In diesem Sinn hat, wie im gestrigen Abendblatt gemeldet, die demokratische Reichstagsfraktion eine Erklärung abgegeben, in der sie fordert,

„zur Durchführung der jetzt zu lösenden Aufgaben die zur Mitwirkung einklich bereiten und fähigen Kräfte ohne Rücksicht auf ihre bisherige Stellungnahme zur Frage des Ultimatums selbst und unter besonderer Beteiligung der Kreise des Wirtschaftslebens heranzuziehen und nach diesen Gesichtspunkten die Ergänzung und Ausgestaltung des Reichsministeriums vorzunehmen.“

In erster Linie handelt es sich dabei um die Kreise, die der Deutschen Volkspartei nahestehen. Bekanntlich haben maßgebende Politiker dieser Partei sich für die Annahme des Ultimatums eingesetzt. Ihr Führer Dr. Stresemann hat seine Zustimmung von einer näheren Aufklärung über eine Reihe von Punkten des Ultimatums abhängig gemacht. Diese Aufklärung ist nicht so rechtzeitig erfolgt, daß sie für die Entscheidung der Fraktion ins Gewicht fallen konnte. Wenn wir recht berichtet sind, ist aber inzwischen eine Auskunft von maßgebender Entente-Seite eingetroffen, die im wesentlichen als befriedigend gelten kann. Dadurch ist für die Deutsche Volkspartei ohne Zweifel eine neue Sachlage geschaffen, und es wird der Entschluß erleichtert werden, durch Teilnahme an der Verantwortung die einmütige Bereitschaft von Unternehmern, Angestellten und Arbeitern herbeizuführen zu helfen, die notwendig ist, um die unerhörten Leistungen zu vollbringen, die der deutschen Volkswirtschaft bevorstehen.

Personenfragen dürfen dabei keine Rolle spielen. Ebenso wenig können parteipolitische Gesichtspunkte in der jetzigen äußersten Notlage in die Waagschale fallen. In einer Sitzung der Groß-Berliner Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei hat der Abgeordnete Hilbrand eine Resolution bekämpft, die jede Gemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei ablehnte. Trotzdem wurde ein entsprechender Beschluß gefaßt. Versammlungsresolutionen sind immer sehr „entschieden“, und man soll ihre Tragweite nicht überschätzen. Immerhin besteht die Gefahr, daß in der Atmosphäre der jahrelangen eine Stimmung entsteht, die das notwendige Zusammenwirken schließlich verhindert. Die Lösung darf deshalb nicht auf die lange Bank geschoben werden, weil jeder Tag die Gefahr der parteipolitischen Veranzugung vergrößert.

Was jetzt geschehen muß, geht alle an. Denn alle sind verloren, wenn es nicht geschieht. Wer redet da von dem, was gewesen!

J. E.

Die bayerischen Demokraten halten heute eine Landesausschussung ab, um zu der Regierungsbildung im Reich Stellung zu nehmen. Von der Reichstagsfraktion nehmen Dr. Petersen, Dr. Hieber und Dr. Wieland an den Beratungen teil. Man darf die Hoffnung aussprechen, daß es gelingen wird, die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, zumal auch die Reichstagsfraktion eine dauernde Regierungsbildung ohne die Deutsche Volkspartei für unmöglich hält. Eine Äußerung des „Demokratischen Zeitungsdienstes“ über die Entwaffnung, deren wenig glückliche Fassung von rechtsstehender Seite ausgenutzt wurde, um in Bayern Mißstimmung gegen die Demokratische Partei zu schaffen, war, wie ausdrücklich festgestellt wurde, eine Privatleistung dieser Korrespondenz, für die weder der Parteivorstand, noch die Reichstagsfraktion die Verantwortung tragen.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ enthält eine Vertrauenskundgebung für den Abgeordneten Dr. Stresemann, die von der gesamten Fraktion einmütig gutgeheißen worden sei. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß das führende rheinische Organ der Deutschen Volkspartei, die „Rheinische Zeitung“, einem fraktionsoffiziösen Aufsatze des Abgeordneten Dr. Wolkenhauer die prinzipielle Erklärung der Redaktion voranstellt, daß es einen schweren Schaden für die Allgemeinheit bedeuten würde, wenn bei der Abstimmung in einer so schwerwiegenden deutschen Schicksalsfrage alsbald wieder eine parteipolitische Scheidung der Geister einsehe. Es sei die Pflicht jedes Deutschen, nachdem die Entscheidung gefallen sei, jede Regierung in der Ausführung des Reichstagsbeschlusses zu unterstützen. Es sei zu hoffen, daß, wenn sich erst die Wogen der Erregung, die diese Tage aufgewirbelt

haben, gelegt hätten, auch die Deutsche Volkspartei sich auf dieser Linie der Politik des Wiederaufbaus finden werde.

Wie wir hören, erfolgt die Besetzung der noch offenen Ministerstellen nicht vor Pfingsten.

Fürst Hatzfeldt zurückgetreten.

Ämtliche Meldung.

Berlin, 13. Mai. (M. T. B.)

Der deutsche Bevollmächtigte für den Abstimmungsbezirk Oberschlesien, Fürst Hatzfeldt, hat sein Amt niedergelegt.

Es waren ihm von der internationalen Kommission Zusicherungen gemacht worden, die ihn insstand gesetzt haben, der Bevölkerung eine Besserung und Besserung zu versprechen. Die von der internationalen Kommission gemachten Zusicherungen sind jedoch nicht erfüllt worden. Fürst Hatzfeldt war also nicht in der Lage, ein Versprechen einzulösen und hat sich deshalb zu seinem Schritt verpflichtet gefühlt.

Es ist in hohem Grade zu bedauern, daß es dem Fürsten, der in allen Kreisen der Bevölkerung das größte Vertrauen genoß, und dessen Name durch seine Tätigkeit als Chef der freiwilligen Krankenpflege internationalen Ruf hat, auf diese Weise unmöglich gemacht wurde, sein Amt weiter zu versehen. Seiner objektiven und persönlichen Haltung und dem Einfluß seiner Persönlichkeit ist es zum großen Teil zu danken, daß die oberschlesische Bevölkerung trotz der Schrecknisse der letzten Zeit maßvolle Ruhe bewahrt.

Die Geschäfte des deutschen Bevollmächtigten in Oppeln werden bis auf weiteres von dem Stellvertreter des Fürsten Hatzfeldt, Grafen Praschma, weitergeführt.

Der Rücktritt des deutschen Bevollmächtigten bei der Abstimmungskommission in Oppeln, des Fürsten Hatzfeldt, ist offenbar auf die Tatsache zurückzuführen, daß die von der Entente mit der Aufrechterhaltung der Ordnung in Oberschlesien betrauten Faktoren bisher versagt haben. Bei Ausbruch des Aufstandes hat die Internationale Kommission, die damals in Abwesenheit des Generals Le Rond von dem italienischen General de Marini geleitet wurde, einen Aufruf erlassen, in dem sie erklärte, sie sei fest entschlossen, die von gewissen Elementen der polnischen Bevölkerung gestörte Ruhe in kürzester Frist wiederherzustellen. Sie werde dabei kein Mittel unbenutzt lassen, um die Achtung vor dem Gesetz wieder herzustellen. General de Marini hat damals dem deutschen Vertreter eine Frist von drei bis vier Tagen als ausreichend bezeichnet, um den Aufstand niederzuwerfen. Seitdem ist die dreifache Frist vergangen, und von einer Niederwerfung der Aufständischen kann so wenig gesprochen werden, daß sie heute geradezu die tatsächliche Macht im größten Teil des Landes ausüben. Dieses offensichtliche Versagen der Abstimmungskommission und ihrer Organe, namentlich aber der französischen Truppen, hat den deutschen Bevollmächtigten veranlaßt, von seiner Stellung zurückzutreten. Fürst Hatzfeldt hat sich im Rahmen der engen Grenzen, die seiner Tätigkeit durch die Haltung des Generals Le Rond gezogen waren, mit Takt und Tatkraft der deutschen Interessen angenommen. Sein Auscheiden bedeutet eine ernsthafte Demonstration, die beweist, daß auch ein Mann von so maßvollem Urteil, wie Fürst Hatzfeldt, keine Hoffnung auf ein gedeihliches Zusammenwirken mit der Ententekommission in ihrer jetzigen Zusammensetzung mehr hegt.

Korfanth dementiert Lerond.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

mg Breslau, 13. Mai.

Die „Grenzzeitung“ von heute, das Blatt Korfanths, bringt als Antwort auf die gestrigen Behauptungen Le Ronds unter einer vierzeiligen Überschrift den Inhalt eines Tagesbefehls der polnischen Kampfgruppe Ost, in dem es heißt, daß die Festlegung der Demarkationslinie und des Waffenstillstandes unterzeichnet worden seien von dem französischen Oberst L. Adam, dem italienischen Oberstleutnant Pariggi und dem englischen Hauptmann Gascol und seitens des Polen - Staates von den Kommandierenden Hauke, Olawski, Foikis und Paslowki. Dieses Abkommen sei dem General Le Rond und anderen zuständigen Instanzen übermittelt worden. Wie weit diese Mitteilung der „Grenzzeitung“, die ein förmliches Dementi Le Ronds darstellt, zutrifft, ist zurzeit noch nicht zu beurteilen. Auch wenn es geschehen ist, beweist es jedenfalls die Kühnheit, mit der die Insurgenten selbst der J. A. R. gegenüber aufzutreten sich erdreisten können.

(Siehe auch vierte Seite.)

Die Tschechen und Rußland.

Von

Richard Ras,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Prag, 10. Mai.

Zwei große außenpolitische Konzeptionen kennzeichnen die Stellung der Tschechoslowakei zu Rußland, die des ersten tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Dr. Kramarsch und die des gegenwärtigen Außenministers Dr. Benesch. Das russische Programm der Kommunisten bleibt hier aus dem Grunde unbesprochen, weil es in Deutschland eine bekannte Parallele hat; zur Zahl seiner Anhänger sei vermerkt, daß etwa ein Drittel der tschechischen, ein Drittel der deutschen, die Hälfte der slowakischen und etwas mehr als die Hälfte der ungarischen Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei hinter ihm steht; eine Realisierung ihrer Pläne scheint jedoch — auf absehbare Zeit — unwahrscheinlich. Wesentlich hingegen ist die Einstellung des aus Sozialdemokraten und Nationalsozialisten bestehenden Sozialistenbunds und der tschechischen Bauernparteien zum russischen Problem — sie wird durch die Politik des Dr. Benesch gekennzeichnet —, sowie auf der anderen Seite die Russenpolitik der tschechischen Bürgerlichen, deren markantester Vertreter Dr. Kramarsch ist.

Beide Richtungen: befehlen einander aufs hartnäckigste, obgleich sie aus derselben Wurzel stammen. Denn als Masaryk, dessen starke Autorität nun die Benesch-Politik stützt, zum erstenmal als Flüchtling ins zaristische Rußland gekommen war, um aus Kriegsgefangenen die „tschechische Legion“ gegen Oesterreich zu bilden, hatte er als Endziel einen von Rußland abhängigen tschechoslowakischen Staat vor Augen, ein konstitutionelles Königreich etwa mit einem russischen Großfürsten auf dem Throne. Aber diese erste Konzeption (der Masaryk seinerzeit in einem russischen Zeitungsartikel Ausdruck gegeben hat) fiel mit der Kerensti-Revolution, nach welcher Masaryk und Benesch die tschechoslowakische Außenpolitik westlich orientierten; später rüdten dann Masaryk wie Benesch völlig von Rußland ab, als Lenin und Trocki die Revolution Kerenstis für den Kommunismus liquidierten. Gegenwärtig zielt die Russenpolitik des Dr. Benesch, also auch die der Regierung, etwa nach derselben Richtung wie jene Englands: sie äußert sich in der Anerkennung der russischen Randstaaten, die als Grenzfestungen gegen den Bolschewismus gewertet werden, in der vorsichtigen Anknüpfung von Handelsbeziehungen und in der peinlichen Vermeidung politischer Berührungen mit Sowjetrußland. Gegen die Eventualität bolschewistischer Angriffe gibt die Kleine Entente vor der jüngst abgeschlossene Militärvertrag der Tschechoslowakei mit Rumänien gewisse Garantien.

Während sich also die jetzt herrschende Russenpolitik der Tschechoslowakei im wesentlichen defensiv verhält und keinerlei Neigung zu Abenteuer (nach Art des Kiewer Polenzugs) verrät, setzt Dr. Kramarsch seine Russenpolitik dort fort, wo er sie im Wiener Parlamente bei Kriegsbeginn hatte abbrechen müssen. So wie er bis zum Jahre 1914 einer russisch-österreichischen Annäherung zwecks Stärkung der Slawen in der Donaumonarchie das Wort geredet hatte, so propagiert er seit dem Jahre 1918 die Anlehnung der tschechoslowakischen Republik an ein großes und demokratisches Rußland, für dessen Bildung kein Opfer groß genug sein könne. Die Tschechoslowakei kann — so meint Dr. Kramarsch — im sie umgebenden deutschen Meere nur dann ihre slawische Selbständigkeit behaupten, wenn ein mächtiges Rußland hinter ihr steht; die westlichste Spitze slawischer Siedlung bedarf der moralischen, der wirtschaftlichen und gegebenenfalls auch der militärischen Protection des ungeheuren östlichen Slawenreiches. Aus diesem Grunde war Dr. Kramarsch jedes Mittel recht, dem Bolschewismus zu Weib zu gehen; deshalb hatte er sich für einen Eroberungszug tschechischer Legionäre nach Moskau eingesetzt, deshalb Wrangel ausgesucht, deshalb auch ist er ein Gegner der selbständigen Randstaaten, da Rußland niemals auf das Baltikum verzichten könne, durch das es atme, das ihm lebensnotwendig sei. Während Dr. Benesch realpolitisch einen Defensivgürtel um Sowjetrußland zu ziehen versucht, war Dr. Kramarsch bis zur Konsolidierung des Sowjetregimes ein Förderer der Interventionspolitik; während Dr. Benesch die sozialrevolutionären Flüchtlinge bevorzugt und Kerensti in Prag ein Asyl gegeben hat, sammelt Dr. Kramarsch Millionen für die la-bettistifischen und zaristischen Emigranten in der Tschechoslowakei. Er beobachtet genau (und nicht ohne Genugtuung) die nationallistische Welle, von der die Sowjetregierung gegenwärtig hochgehoben wird, indem er eine gewalttätige Einigung des alten Rußland durch rote Truppen als Vorbereitung eines demokratischen Großrußlands erwartet. Seiner Meinung nach — ein sechshundert Seiten starkes und sehr gründliches Buch wird sie binnen kurzem auch in deutscher Sprache bekanntgeben — ist das erstrebenswerte Ziel ein Rußland, das seine Grenzen von 1914 (mit Ausnahme Polens) wiedererreicht hat, auf demokratischer Grundlage aufgebaut ist und soweit dezentralisiert verfaßt wird, daß die gegenwärtigen Randstaaten den Charakter autonomer Provinzen mit eigenen Ministerien beibehalten; diese Großmacht hätte alle westslawischen Staaten zu stützen. „Solange aber anstelle des russischen Reiches